

Tagung des Erweiterten Präsidiums des epf in Prag, 21.03.2003

Erklärung des Präsidiums des Europäischen Friedensforums (epf) zum Jahrestag des NATO-Überfalls auf Jugoslawien und zum „Haager Tribunal“

Seit über einem Jahr wird vor dem sogenannten Internationalen Tribunal zur Verfolgung von Kriegsverbrechen für das ehemalige Jugoslawien der Prozeß gegen den Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Serbiens und langjährigen Präsidenten Serbiens und der Bundesrepublik Jugoslawien, Slobodan Milosevic, geführt. Mit dem Verfahren vor dem unter Verletzung der UN-Charta installierten Gericht sollen die völkerrechtswidrige Einmischungspolitik der NATO-Staaten in den innerjugoslawischen Konflikt, ihre Aktionen zur Zerschlagung der aus sechs gleichberechtigten Republiken bestehenden Föderation, zur Schürung des Bürgerkrieges und die darauffolgende Aggression gegen das Balkanland im nachhinein legitimiert und die Schuld für die Kriegsverbrechen der Angreifer auf die Angegriffenen gewälzt werden.

Obwohl es der von der NATO bestellten Chefanklägerin an nichts fehlt: nicht an geheimdienstlicher Beihilfe und offenkundiger Parteilichkeit der Richter, am politischen Beistand der meisten NATO-Staaten und willfähriger Unterstützung seitens der in Belgrad Regierenden, an sorgfältig ausgesuchten und präparierten Zeugen, an Personal und an Geld - bisher verschlang der Gerichtshof über eine Milliarde Dollar, ein Vielfaches dessen, was Serbien und Montenegro an "Soforthilfe" zugebilligt worden war - gelang es bisher nicht, Slobodan Milosevic in die Knie zu zwingen. Im Gegenteil, der Angeklagte, der zum Symbol des Widerstandes gegen die Zertrümmerung Jugoslawiens, gegen das Diktat fremder Mächte und deren Angriffskrieg geworden ist, ist trotz unerträglicher Haft - und Verfahrensbedingungen, die seine Gesundheit und sein Leben aufs äußerste gefährden, zum Ankläger der NATO geworden. Das ist auch der Hauptgrund dafür, daß in der Berichterstattung nicht weniger Massenmedien aus dem angekündigten kriegsrechtfertigenden Schau- eine Art Geheimprozeß geworden ist, in der das Debakel der Ankläger und das souveräne Auftreten des sich selbst verteidigenden Angeklagten verschwiegen werden.

Die mit dem Prozeß verfolgten Ziele gehen weit über das ehemalige Jugoslawien und den Balkan hinaus. Mit ihm beabsichtigt vor allem die Führungsmacht der NATO, der Welt exemplarisch vorzuführen, daß Widerstand gegen den globalen Hegemonieanspruch der USA nicht geduldet und unbarmherzig bestraft wird. Die Staaten, die das illegitime Gericht in Den Haag politisch, personell und finanziell unterstützen, die Prozesse gegen den ehemaligen jugoslawischen Präsidenten billigen und befördern, unterstützen auch - gewollt oder nicht gewollt - die hegemonialen Ansprüche der USA, ihren verbrecherischen Krieg gegen den Irak, ihr Vorgehen gegen die "Achse des Bösen", ihre Absicht, ganze Weltregionen nach Washingtoner Gutdünken und geostrategischen Interessen neu zu ordnen. So, wie der Krieg gegen Jugoslawien den Weg in den Krieg gegen das irakische Volk bereitet hat, so soll der Prozeß gegen Milosevic einen Präzedenzfall dafür schaffen, wie die Herren der imperialistischen Globalisierung mit ihren Gegnern, den jetzigen und den zukünftigen, umzugehen trachten.

Wer die US-amerikanischen Weltherrschaftspläne, gleich aus welchen Gründen auch immer, ablehnt und, wie neuerdings auch einige NATO-Regierungen im Falle des Irak, erklärt, nicht akzeptieren zu können, daß die Stärke des Rechts vom Recht der Stärkeren abgelöst wird, darf, wenn er es denn aufrichtig meint, nicht länger den Haager Prozess unterstützen, mit dem das internationale Recht vergewaltigt und eben durch das Recht des Stärkeren ersetzt wird.

Das internationale Recht ist unteilbar. Es muss auf dem Balkan genau so gelten, wie im Nahen und Mittleren Osten und überall auf der Welt. Dafür treten wir ein und deshalb erneuern wir am Vorabend des 4. Jahrestages des Überfalls der NATO auf Jugoslawien unsere Forderungen nach

- sofortiger Einstellung des Prozesses gegen Slobodan Milosevic sowie die anderen jugoslawischen Beschuldigten und ihrer umgehenden Freilassung,
- Auflösung des unter Bruch der UN-Charta installierten Straftribunals für das ehemalige Jugoslawien,
- schnellstmöglicher Ratifizierung des Vertrages von Rom über die Einrichtung eines völkerrechtsgemäßen ständigen Weltstraftgerichtshofes durch die USA und andere Staaten sowie eine Erweiterung seiner Zuständigkeit für Aggressionen und andere Verbrechen gegen den Frieden,
- einer Bestrafung der NATO-Verantwortlichen für den Aggressionskrieg gegen Jugoslawien,
- Zahlung von Kriegsreparationen an Serbien und Montenegro sowie von
- Schadensersatz an die Kriegsoffer in diesem Land.

Im Lichte der jüngsten politischen Entwicklung in Serbien und Montenegro protestieren wir dagegen, dass die serbische Regierung die Ermittlungen gegen mögliche Attentäter von Ministerpräsident Zoran Djindjic zum Vorwand nimmt, Bürger- und Grundrechte außer Kraft zu setzen. Wir fordern:

- den sofortigen Stopp der willkürlichen und politisch motivierten Verhaftungen
- die Gewährung aller demokratischen Rechte von Beschuldigten
- die Aufhebung der Zensur von Medien und die Gewährleistung des Rechts auf ungehinderte Information
- die Wiederherstellung der Koalitions-, Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit
- die sofortige Beendigung der Kriminalisierung politischer Opposition.

Prag, den 21. März 2003